

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erstein an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Apf.*: Die 41 mm breite Zeile (Messe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 *Apf.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Apf.*; amtlich 1 mm 30 *Apf.* und 24 *Apf.*; Reklame 25 *Apf.*. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 199

Sonnabend, den 25. August 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung

Die Verunreinigung der fließenden Gewässer durch unbesagtes Einwerfen von Gegenständen in die Flußläufe hat in letzter Zeit derartig überhand genommen, daß sich die Amtshauptmannschaft genötigt sieht, besonders darauf hinzuweisen, daß
alles vorläufige oder schließliche Hineinwerfen von Scherben, Glas, Gefäßen oder Gefäßteilen, Schutt, Urat oder anderen festen, das Wasser erheblich verunreinigenden oder dessen Lauf störenden Gegenständen oder Tierleichen oder Teilen von solchen in fließende Gewässer, Teiche, Brunnen oder sonstige zum öffentlichen Gebrauche bestimmte Wasserbehälter
durch das Wassergesetz vom 12. März 1909 verboten und nach § 167 Ziffer 3 dieses Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft wird, soweit nicht im Reichsstrafgesetzbuch härtere Strafen vorgeesehen sind.

Die Stadt- und Gemeinderäte sowie die Gendarmeriebeamten sind angewiesen, die Reinhaltung der fließenden Gewässer usw. besonders zu überwachen und jede Zuwiderhandlung gegen das vorstehende Verbot unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.

Amtshauptmannschaft Ramenz, am 21. August 1928

Infolge vorzunehmender dringender Arbeiten

wird die Stromzuführung im Gleichstromnetz auf den Straßen, Bischofswerdaer Straße, Hauptstraße, Schießstraße, Sonntag, den 26. ds. Mts. von 5 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit abgehalten.

Ueberlandkraftwerke Pulsnitz A.-G. in Pulsnitz.

Das Wichtigste

Staatssekretär Kellogg traf am Freitag vormittag in Paris ein. Der Flugzeugzwischenfall in Zweibrücken ist durch die Haftentlassung des Polizeikommissars Bauer beigelegt.
Mehrere Radioamateure stehen in Verbindung mit den Grönlandfliegern. Wie Berliner Blätter aus Baltimore melden, fanden auf einem Frachtdampfer, der aus Montevideo unlangst, bei der Desinfektion des Schiffes sieben blinde Passagiere den Erstickungstod, neun weitere erkrankten schwer an Vergiftungserscheinungen.
Nach Meldungen aus Washington wird dort amtlich bestätigt, daß unmittelbar nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris Einladungen an sämtliche übrigen Nationen zur Paktnunterschrift ergangen sind.
Während der Hauptverkehrszeit entlastete im Zentrum New York ein vollbesetzter Zug der Untergrundbahn. Bisher wurden 21 Tote und etwa 100 Verletzte festgestellt.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.
Vorschau auf die Herbstmesse in Leipzig. — Saisonmäßige Verschlechterung des Außenhandels. — Die Preisgestaltung auf dem Getreidemarkt. — Wird die Leipziger Messe eine Wirtschaftsbelebung bringen?

In den nächsten Tagen beginnt die Leipziger Herbstmesse. Diese Messe gilt mehr als bisher als der Gradmesser für die Verfassung der deutschen Wirtschaft. Daß es Leipzig gelungen ist, wieder wie früher Zentralstelle für die Ausstellung der deutschen Waren dem In- und Auslande gegenüber zu sein, ist nur zu begrüßen.

Die Dezentralisation, die sich unmittelbar nach Beendigung des Krieges und besonders in der Inflation im deutschen Wirtschaftswesen zeigte, ist völlig verschwunden; die Ausstellungen, die noch heute in einzelnen Städten abgehalten werden, stehen zu der Leipziger Messe in keinem Verhältnis sowohl räumlich als auch ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach. Die deutsche Wirtschaft erwartet von der diesjährigen Herbstmesse etwas ganz Besonderes, weil sie diesmal am ehesten dazu berufen ist, zusätzliche Aufträge zu schaffen, um so der Passivität des deutschen Außenhandels zu begegnen.

Die Ziffern, die für den Außenhandel im Juli vorliegen, sind im allgemeinen nicht günstig. Der Einfuhrüberschuß ist von 215 auf 268 Millionen gestiegen; aber diese Zunahme der Passivität hat rein zufällige Ursachen. Das Defizit der Handelsbilanz hat sich tatsächlich nicht vergrößert. Bekanntlich wird eine Reihe von Waren im Niederlageverkehr nur halbjährlich bzw. vierteljährlich abgerechnet. Eine solche Abrechnung erfolgte auch im Juli, und deshalb ist die Erhöhung der Einfuhr um etwa 74 Millionen Reichsmark eingetreten. Andererseits ist die Ausfuhr gestiegen. Aber einmal entfallen davon nur 4,2 Millionen auf Fertigwaren, und vor allem ist der saisonmäßig übliche Aufschwung des deutschen Exportes im Juli nicht eingetreten. Tatsächlich ist also eine Verminderung dieser Ausfuhr eingetreten, die hoffentlich im laufenden Monat, der sonst Höchstziffern im Export zu bringen pflegt, wieder voll ausgeglichen wird. Leider sind die Anzeichen zu einer Besserung noch trübe, umso mehr hofft man jetzt, daß die Leipziger Messe mehr als bisher dazu ausreichen wird, der Passivität des Außenhandels zu begegnen. Außerordentlich hoch ist auch die Einfuhr von Getreide. Selbst wenn man berücksichtigt, daß im Juli der Import an Naturalien am höchsten ist, so gibt die Einfuhr von 2 Millionen Doppelzentner Weizen gegen 1,8 Millionen Doppelzentner im Juni zu denken. Stark erhöht ist auch der Import von Gerste.

Die Ernte selbst ist in den meisten Gegenden Deutschlands noch nicht unter Dach und Fach gekommen. Bei relativ guten Qualitäten ist fast allgemein eine Verzögerung eingetreten, die natürlich mit den Wetterverhältnissen in Verbindung zu bringen ist. Von großer Bedeutung scheint die Tatsache zu sein, daß die Ukraine, die für den deutschen

Briands Richtlinien in der Rheinlandfrage

Das Ergebnis des Pariser Ministerrats

Die Krise des parlamentarischen Systems — Eine Erklärung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands

Paris. Drei Stunden tagte der französische Ministerrat, um sich mit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen. Nach Schluß der Sitzung gab der Innenminister der Presse bekannt, daß der Ministerrat den größten Teil seiner Sitzung den Fragen gewidmet hat, die mit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und mit der Sitzung des Völkerbundes im Zusammenhang stehen. Natürlich ist nicht gesagt, welche Richtlinien dem französischen Bevollmächtigten nach Genf mitgegeben werden.

Briand ist eng an den Beschluß des Ministerrats gebunden und hat keinerlei Freiheit, über die Richtlinien hinausgehende Zugeständnisse in der Rheinlandfrage zu machen.

Der französische Standpunkt ist ja hinreichend bekannt. Das Angebot einer sofortigen Räumung der zweiten Zone liegt durchaus im Bereich des Möglichen. Für die dritte Zone wird Frankreich jedoch unerfüllbare Forderungen stellen, so daß die Verhandlungen, falls sie überhaupt in Gang kommen sollten, sich sehr bald zerlagern werden.

Die Kabinettsmitglieder schienen in der Sitzung des Ministerrats bester Laune zu sein; denn zahlreiche Pariser Morgenblätter wissen, gestützt auf Informationen, die unmittelbar auf Äußerungen der Minister zurückgehen, recht ausführliche Angaben über die vom Rat gepflogene Aussprache zur Frage der Rheinlandräumung zu machen.

Briand gab einen ausführlichen Bericht, der länger als eine halbe Stunde dauerte, und erklärte von vornherein, daß es ihm unmöglich sei, mit dem Reichsminister Dr. Stresemann in Abwesenheit des englischen Außenministers das Rheinlandproblem grundlegend zu besprechen. Er habe in Dohrn diese Frage mit Stresemann behandelt. „Ich war damals Ministerpräsident“, soll Briand, dem „Populaire“ zufolge nahezu wörtlich, erklärt haben, „und trotzdem habe ich selbst damals keine endgültige Entscheidung treffen zu dürfen geglaubt. Ich forderte Stresemann auf, im Namen seiner Regierung Vorschläge zu machen, und erwarte diese Vorschläge noch heute.“

Die Krise des parlamentarischen Systems.

Dr. Wirth vor dem Weltparlament.

Berlin. Die 24. Konferenz der Interparlamentarischen Union trat in die Beratung des zweiten Punktes ihrer Tagesordnung ein, der sich mit der gegenwärtigen Entwicklung des parlamentarischen Systems befaßt. Dazu liegt der Konferenz der gedruckte Bericht des früheren Reichkanzlers Dr. Wirth vor. Dr. Wirth begründete zunächst, mit lebhaftem Beifall begrüßt, als Berichterstatter die von ihm vorgelegte Entscheidung. Er führte u. a. aus: „Was nicht uns unsere ganze Arbeit, wenn das parlamentarische System als die Grundlage der Interparlamentarischen Union durch eine Krise in Frage gestellt wird. Man kann über das parlamentarische System nicht sprechen, ohne über das Problem des Staates selbst in seinen verschiedenen Erscheinungsformen nachzudenken. Wir sind aber nicht etwa ein Richterkollegium. Wir wollen nur die gemeinsamen Grundlagen des parlamentarischen Systems herausarbeiten, um später zu einem endgültigen Urteil zu kommen.“

Die Resolution selbst bringt selbstverständlich den Glauben an das parlamentarische System zum Ausdruck. Deshalb spricht auch die Ziffer 1 der Resolution klar und deutlich von diesem Glauben an die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems.

In dem gedruckten Bericht Dr. Wirths werden verschiedene Vorschläge gemacht. Ganz im Gegensatz zu der Theorie von der Güte der Weimarer Verfassung schlägt Dr. Wirth vor, daß für eine größere Stabilität der Regierungen durch Beschränkung der parlamentarischen Vollmachten gefordert werden müsse. Er kritisiert auch das Verhältniswahlsystem und tritt für ein scharfes Wahlrecht im Sinne Englands ein.

Die interessanteste Rede hielt in der Aussprache der französische Abgeordnete Renaudel. Er brachte einen Änderungsantrag ein, mit dem er zum Ausdruck bringen wollte, daß das parlamentarische System nur auf der Basis des allgemeinen Stimmrechts und der Ausübung der wichtigsten demokratischen Rechte beruhen dürfe. Renaudel hielt eine kurze, leidenschaftliche Rede, die in Wirklichkeit gegen Italien gerichtet war. Er erklärte, daß die Krisis des parlamentarischen Systems hauptsächlich in den Verjungen bestehe, das allgemeine Wahlrecht, die Pressefreiheit und Rede- und Versammlungsfreiheit zu beseitigen.

Eine Erklärung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands

Dresden, 24. August. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands erlassen folgende Erklärung zum Kriegsschlichtungspakt:

„Wir nationalen Deutschen sind viel friedliebender als die meisten ausländischen Staatsmänner. Wir erklären es aber für widersinnig, auf dem Papier einen neuen Friedenspakt zu schließen, ohne zugleich die Kriegursachen zu beseitigen. Wir verlangen deshalb als Vorbedingung für einen Dauerfrieden nicht nur Räumung des Rheinlandes und Aufhebung der Dawesfront, sondern auch Wiederherstellung der deutschen Grenzen und Rückgabe unserer Kolonien, als Lebensnotwendigkeit unseres Volkes, das sonst zur Verzweiflung getrieben werden muß.“

Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. August 1928 ist die Versicherungspflichtgrenze mit Wirkung vom 1. September 1928 von jährlich 6000 Mark auf jährlich 8400 Mark erhöht worden. Es gilt vom 1. September 1928 an die bisherige Gehaltsklasse F (Beitrag 20 RM) bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von mehr als 400 RM bis zu 500 RM, die Gehaltsklasse G (Beitrag 25 RM) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 500 RM bis zu 600 RM, die Gehaltsklasse H (Beitrag 30 RM) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 600 RM.

Jeder Pflichtversicherte kann jederzeit in einer höheren als der seinem Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse Beiträge zahlen. Pflicht- und freiwillig Versicherte können sich auch in den Beitragsklassen G mit einem Monatsbeitrag von 40 RM, und K mit einem Monatsbeitrag von 50 RM freiwillig höher versichern. Alle Anwartschaften in der Angestelltenversicherung gelten bis zum 31. Dezember 1925 als aufrechterhalten. Die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft etwa noch erforderlichen Beiträge für 1926 können bis zum Schluß des Jahres 1928, die für 1927 bis zum Schluß des Jahres 1929 nachentrichtet werden.

